

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus: *Umgang mit der AfD*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](https://www.school-scout.de)



III.12

Politik

Umgang mit der AfD – Was spricht für oder gegen ein Verbotsverfahren?

Niklas Kamm



© RAABE 2024

© fhm/istock/Getty Images Plus

Nach Recherchen des Correctiv-Magazins zu einem Treffen von Rechtsextremisten, deutschlandweiten Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und der Hochstufung der AfD durch den Verfassungsschutz als „rechtsextremistischem Verdachtsfall“ werden die Stimmen wieder lauter, die die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die Partei fordern. In dieser Unterrichtseinheit erarbeiten die Schülerinnen und Schüler die Voraussetzungen sowie das Für und Wider eines möglichen Parteiverbotsverfahrens. Sie reflektieren beide Argumentationsstränge und kommen zu einem eigenen Urteil.

KOMPETENZPROFIL

Klassenstufe:	10–13
Dauer:	2–3 Unterrichtsstunden
Kompetenzen:	Analyse- und Urteilskompetenz
Thematische Bereiche:	Politisches System der BRD, Demokratieprinzip, Wehrhafte Demokratie, Parteien, Parteiverbot, Kontrolle politischer Herrschaft, Umgang mit der AfD
Medien:	Videos, Texte

Fachliche Hinweise

Ein Treffen von Rechtsextremisten, unter anderem mit hochrangigen AfD-Funktionären, und die Recherchen des „Correctiv-Magazins“ hierzu waren mit ausschlaggebend dafür, dass viele Wochen deutschlandweit gegen Rechtsextremismus demonstriert wurde. In diesem Zusammenhang kam in den Medien und der Öffentlichkeit auch die Debatte auf, ob ein Verbotsverfahren gegen die AfD eingeleitet werden sollte. Der Verfassungsschutz hat die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft, was im Mai 2024 vom Obergerverwaltungsgericht Münster als rechtens bestätigt wurde. Die AfD-Landesverbände von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie die Landesverbände der Jungen Alternative von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden von den Verfassungsschutzbehörden dieser Länder als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Aktuell prüft der Verfassungsschutz, die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ auf Bundesebene. Trotz dieser Befunde ist ein Parteiverbotsverfahren immer der letzte Schritt einer wehrhaften Demokratie und dem entsprechend mit hohen Hürden verbunden. In dieser Kurzeinheit diskutieren die Schülerinnen und Schüler das Für und Wider eines Verbotverfahrens und setzen sich mit den Argumenten und Konsequenzen dieser aktuellen Debatte auseinander.

Didaktisch-methodische Hinweise

Wie ist die Unterrichtseinheit aufgebaut?

Diese Kurzeinheit umfasst drei Unterrichtsstunden. Zum Einstieg beschreiben die Schülerinnen und Schüler eine Karikatur (**M 1**), die zur Frage eines möglichen AfD-Verbots hinführt und aufzeigt, dass trotz vieler Forderungen nach einem Parteiverbot in einem demokratischen Verfahren Hürden existieren, die ein einfaches und schnelles Vorgehen verhindern sollen.

In der ersten Erarbeitungsphase (**M 2**) analysieren die Lernenden eine Umfrage zur Einordnung der AfD. In einem zweiten Schritt sehen sie einen Nachrichtenbeitrag in Bezug auf ein Gerichtsurteil über die Rechtmäßigkeit eines Gutachtens des Verfassungsschutzes zur Einstufung der AfD als rechtsextremen Verdachtsfall. Die Schülerinnen und Schüler notieren sich währenddessen die Argumentation des Gerichtes und die Reaktion auf das Urteil der AfD-Parteispitze. Dies wird anschließend mündlich besprochen.

Im Rahmen der zweiten Erarbeitungsphase arbeiten die Schülerinnen und Schüler aus **M 3** heraus, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um eine Partei zu verbieten. Arbeitsteilig zu zweit konzentrieren sie sich darauf, welche Argumente bei der AfD für (Partner A) oder gegen (Partner B) ein Verbotverfahren sprechen und ergänzen ihre Gedanken. Anschließend tauschen sich die Schülerinnen und Schüler zu den gefundenen Argumenten aus. Es folgt eine gemeinsame schriftliche Ergebnissicherung, die natürlich auch Argumente, die über den Text hinausgehen, aufnehmen kann. Im Anschluss erfolgen Diskussionen in Dreiergruppen (**M 4**). Dabei werden folgende Rollen verteilt: Moderator/in, Befürworter/in und Kritiker/in eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD. Der Moderator sollte sich eine Einleitung für das Thema und Fragen für die Teilnehmenden überlegen. Weiterhin sollte die Person darauf achten, dass sich die Argumente nicht wiederholen, die Diskutierenden die Gesprächsregeln einhalten und entlang der Leitfrage argumentieren. Anschließend werden die Eindrücke zu der Diskussionsrunde in der Klasse geäußert.

Abschließend erfolgt eine Besprechung zu den Diskussionsrunden im Plenum. Dabei können die Moderatorinnen und Moderatoren anhand von Beispielen mitteilen, welche Diskussionsteilnehmenden mit welchem Argument besonders überzeugt haben. Diese Besprechung geht in eine freie Diskussion über, bei der die Schülerinnen und Schüler ihre persönliche Meinung zu einem

möglichen Verbotsverfahren äußern können. In diesem Rahmen könnte man, je nach verfügbarer Zeit, auch über weitere Möglichkeiten zum Umgang mit der AfD sprechen.

Was muss bekannt sein?

Die Lerngruppe sollte mit den Funktionen und Aufgaben von Parteien vertraut sein sowie die Staatsstrukturprinzipien kennen und diskutiert haben. Des Weiteren sollten den Schülerinnen und Schülern die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bekannt sein.

Mögliche Alternativen oder Erweiterungsmöglichkeit

In einer weiteren Doppelstunde könnte man sich gezielt damit beschäftigen, welche weiteren Strategien es im Umgang mit der AfD geben könnte. Dabei wären zum Beispiel Positionen der Parteien sowie Meinungen aus der Wissenschaft (z. B. Wahlforschung) interessant.

Weiterführende Medien

Internetseiten

- <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-erfolge-deutschlandtrend-100.html>
- <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-sonneberg-102.html>

Von diesen Artikeln ausgehend könnte man sich genauer mit Möglichkeiten zum Umgang mit der AfD beschäftigen.

[Letzter Zugriff jeweils: 07.03.24]

Auf einen Blick

1. Stunde

Thema:	Was spricht für oder gegen ein AfD-Verbotsverfahren?
M 1	AfD-Verbot – Lösung oder Problem?
M 2	Die AfD – Beobachtung durch den Verfassungsschutz
Inhalt:	Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten zunächst Hintergrundwissen zur aktuellen Debatte des Verfassungsschutzes und einer möglichen „Hochstufung der AfD durch den Verfassungsschutz“. In der anschließenden Phase mit Schulung der Analysekompetenz beschreiben die SuS Voraussetzungen für Parteiverbotsverfahren, bevor sie sich mit den Pro- und Kontra-Argumenten eines solchen Verfahrens auseinandersetzen.
Benötigt:	Beamer/Computer bzw. Tafel, Internetzugang

2./3. Stunde

Thema:	Was spricht für oder gegen ein AfD-Verbotsverfahren?
M 3	AfD-Verbotsverfahren: Pro- und Kontra-Argumente
M 4	Pro/Kontra-Diskussion mit Rollenkarten
Inhalt:	Die Lerngruppe erarbeitet die Argumente für und gegen ein Parteiverbotsverfahren und lernt die grundsätzlichen Voraussetzungen für ein Parteienverbot kennen. Die Schülerinnen und Schüler führen in Kleingruppen Pro-/Kontra-Diskussionen durch und bilden sich eine eigene Meinung, die sie im Plenum austauschen.

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus: *Umgang mit der AfD*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](https://www.school-scout.de)

